

Das Freihandelsabkommen der EU mit Kolumbien

Dossier für die politische Lobbyarbeit

Von Thomas Isensee

Das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kolumbien ist trotz massiver Kritik der europäischen Gewerkschaften und zahlreicher in Entwicklungspolitik und Menschenrechtsfragen engagierter NGO's paraphiert und wird dem Europäischen Parlament 2011 zur Ratifizierung zugeleitet. Dem Europäischen Parlament sind durch den Vertrag von Lissabon erhebliche Kompetenzen hinsichtlich der Kontrolle auch der außenpolitischen Aktivitäten der Europäischen Kommission zugewachsen. Mit der Diskussion und Entscheidung über die Ratifizierung dieses Abkommens kann das Europäische Parlament demonstrieren, dass es diese demokratische Kontrollfunktion wahrnimmt und im Interesse seiner Wähler Menschenrechts-, Demokratie- sowie sozialen und ökologischen Fragen gegenüber rein handelspolitischen Erwägungen Geltung verschaffen will. Der DGB ist in diesem Zusammenhang besonders der internationalen Solidarität mit den kolumbianischen Gewerkschaftern verpflichtet, betrachtet diese aber als Teil eines konsequenten Eintretens für Menschen- und demokratische Grundrechte insgesamt. Hinter dem Freihandelsabkommen stehen angesichts des Reichtums Kolumbiens an agrarischen und mineralischen Rohstoffen und seiner Bedeutung als wachsender Markt für Industrieprodukte starke wirtschaftliche Interessengruppen, die naturgemäß Menschen- und Bürgerrechte im Allgemeinen und gewerkschaftliche Rechte im Besonderen nicht vorrangig im Blickfeld haben. Deshalb macht der DGB entsprechend der Beschlüsse seines Gewerkschaftstags mit diesem Dossier auf die Menschen- und Gewerkschaftsrechtslage in Kolumbien aufmerksam und wendet sich entschieden gegen eine Ratifizierung. Der DGB setzt sich im Folgenden mit dem Selbstbild der kolumbianischen Regierung kritisch auseinander und begründet noch einmal kurz der eigenen Position.

1. Die Selbstdarstellung der kolumbianischen Regierung: Kolumbien verteidigt die Demokratie

Die Regierung stellt Kolumbien als Land mit einer demokratischen Verfassung und funktionierenden rechtsstaatlichen Institutionen dar. Das Land wird bedroht durch den Kampf zwischen dem so genannten „Narcoterrorismus“ – gemeint ist die linke Guerrillabewegung FARC – einerseits und der AUC, der Organisation rechtsgerichteter paramilitärischer Gruppen, um das Drogengeschäft und die Beherrschung des ländlichen Raums. Demgegenüber stellt die Regierung sich selbst als überparteilicher Garant von demokratischer Sicherheit, Ordnung und Rechtsstaatlichkeit dar. Angeblich ist die Entwaffnung und Reintegration der paramilitärischen Gruppen der AUC bereits gelungen. Nur der Kampf gegen den kriminellen „Narcoterrorismus“ - die Guerrilla – muss noch gewonnen werden. Der politische und soziale Konflikt hinter dem Bürgerkrieg wird geleugnet und umgedeutet als gewöhnliche Kriminalität. Damit verschafft sich die Regierung die Rechtfertigung für die Verfolgungsmaßnahmen bis hin zu Morddrohung und Mord gegen oppositionelle Parteien, Gewerkschaften, Journalisten und Bürgerbewegungen einschließlich der Organisationen indigener Gruppen, denen Unterstützung der Guerrilla vorgeworfen wird. Mit einer durch diese Argumentation getragenen internationalen Öffentlichkeitsarbeit dient sich die kolumbianische Regierung dem „Freien Westen“ als verlässlicher Bündnispartner im Kampf gegen den Drogenhandel, für freie Märkte, Rechtstaatlichkeit und Demokratie an, dem

dann natürlich ein Freihandelsabkommen als „Belohnung“ nicht verweigert werden kann.

2. Die politische und soziale Realität Kolumbiens – einige Schlaglichter

Die soziale und politische Realität Kolumbiens sieht allerdings anders aus. Dass bewaffnete Gruppen vor mehr als vierzig Jahren den Guerrillakampf aufgenommen haben und bis heute weiterführen, hat seine Ursache in den extremen sozialen Spannungen, die bis heute die Hälfte der Bevölkerung an oder unter der Armutsgrenze leben lässt und den Reichtum des Landes in den Händen einer dünnen Oberschicht konzentriert. Dass der Kriegszustand bis heute anhält, liegt an der Grundsatzentscheidung dieser Kolumbien dominierenden Oberschicht, soziale Interessengegensätze mit Gewalt auszutragen – den Anlass für den Guerrillakampf gab der Mord an einem der Oberschicht nicht genehmen Präsidentschaftskandidaten - und eine zivilgesellschaftliche demokratische Auseinandersetzung unter keinen Umständen zuzulassen. Um demokratisch legitime politische und publizistische Aktivitäten unter den Bedingungen formaler Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zu unterbinden, bedarf es allerdings eines neben dem Staat mit seiner Armee und Polizei bestehenden informellen Unterdrückungsapparats in Gestalt von paramilitärischen Gruppen. Diese entstanden aus den bewaffneten Banden, mit denen die Großgrundbesitzer seit jeher ihre Interessen gegen Landarbeiter und Kleinbauern durchzusetzen pflegten und die auch – unter dem Namen AUC - gegen die wachsende Untergrundbewegung auf dem Lande eingesetzt wurden. In zunehmendem Maße finanzierten sie sich aus dem Drogenanbau und Drogenhandel. Diese Gruppen bestehen auch nach ihrer angeblichen Auflösung unter Uribe unter verschiedenen neuen Namen weiter (*Dokument*). Sie sind vielfältig mit staatlichen Sicherheitsorganen personell verflochten, so dass die staatlicherseits für bedrohte Personen bestellten Leibwächter auch eine zusätzliche Gefährdung statt eines Schutzes darstellen können. Auch in jüngster Zeit ist die Verbindung von parlamentarischen und Regierungskreisen mit diesen Gruppen belegt. Paramilitärische Gruppen sind für Morddrohungen und Morde an Oppositionellen aller Art verantwortlich. Das politische Gewicht dieser Struktur eines inoffiziellen Unterdrückungsapparats neben den legitimen staatlichen Organen hat sich am Beispiel des gescheiterten Versuchs einer Beendigung des Bürgerkriegs anfangs der 90er Jahre gezeigt, als das Ende des Kalten Krieges die Chance dafür zu eröffnen schien. Nach einem Friedensabkommen wurden die Kampfhandlungen eingestellt. Die Guerrillagruppen nahmen im Rahmen einer neuen Linkspartei z.T. mit großem Erfolg an demokratischen Wahlen auf allen Ebenen teil. In der Folge wurden jedoch durch paramilitärische Gruppen etwa 3000 Kandidaten und gewählte Funktionsträger der neu gebildeten Linkspartei auf allen staatlichen Ebenen ermordet. Die Guerrillagruppen gaben die zivilgesellschaftliche politische Arbeit als Strategie auf und wandten sich wieder dem militärischen Kampf zu, der bis heute anhält. Die Regierung Kolumbiens lehnt jede politische Lösung des Konflikts ab – mit Kriminellen verhandelt man schließlich nicht. Kritiker werden als Unterstützer von Kriminellen stigmatisiert und entsprechend behandelt. Dieses widersprüchliche Nebeneinander einer formaldemokratischen und rechtsstaatlichen Fassade und eines informellen, von den Spitzen von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft unterhaltenen Repressionsapparats prägt Staat und Gesellschaft Kolumbiens bis heute. Nach den politischen Maßstäben innerhalb der EU kann diese Situation nicht als demokratisch bezeichnet werden. Die niedrige Wahlbeteiligung am 2. Wahlgang der letzten Präsidentenwahlen von 45% zeigt deutlich, dass auch die

kolumbianische Bevölkerung der dortigen Form der Demokratie nicht viel Vertrauen entgegenbringt. Dies wird an den folgenden Beispielen deutlich:

2.1. Gewerkschaften

Das Koalitionsrecht ist formal gewährleistet, gewerkschaftliche Organisationen existieren in Kolumbien, auch für die Angehörigen des Öffentlichen Dienstes, z.B. die Lehrgewerkschaft FECODE als mitgliederstärkste Organisation des Landes. Zugleich ist Kolumbien aber das Land mit der höchsten Zahl ermordeter Gewerkschafter weltweit. Obwohl die Zahl der Morde in den letzten Jahren zurückgegangen ist – 35 im Jahr 2009 –, bedeutet dies: gewerkschaftliches Engagement bleibt lebensbedrohlich. Die Entwicklung der Gewerkschaften ist damit de facto eingeschränkt. Ihr Handlungsspielraum ist ohnehin durch die soziale Lage der arbeitenden Bevölkerung begrenzt. Mehr als 50% der Kolumbianer arbeiten im informellen Sektor, der gewerkschaftlich kaum zu erreichen ist. Die Arbeit der Gewerkschaften wird auch durch Änderungen im Arbeitsrecht erschwert. So werden Arbeitnehmer in sog. Kooperativen gedrängt, die dann die Arbeitskräfte an das Unternehmen ausleihen. Damit besteht kein arbeitsrechtlicher Bezug mehr zwischen den genossenschaftlich „selbständigen“ Beschäftigten und dem Unternehmen, so dass Tarifverhandlungen und Arbeitskampf ausgeschlossen sind.

2.2 Medien

Auch die Pressefreiheit ist formal gewährleistet. Aber Journalisten begeben sich in Lebensgefahr, wenn sie kritisch berichten, und können ihrer Arbeit nur unter dem Schutz von Leibwächtern nachgehen. (*Anm. Affäre Morris ZEIT 22.7.10*) Dabei ist die Situation außerhalb der Hauptstadt in den Provinzstädten und auf dem Lande schwieriger als in Bogotá, v.a. weil die internationale Öffentlichkeit dort weniger präsent ist.

2.3 Situation auf dem Land, Binnenflüchtlinge und Armut

In den letzten Jahrzehnten hat eine massive Landflucht zur Entstehung von ausgedehnten Elendsvierteln rund um die Großstädte des Landes geführt. Die neue Stadtbevölkerung ist gesellschaftlich und wirtschaftlich marginalisiert, arbeitet im informellen Sektor und bildet die 50% der Bevölkerung, die an und unter der Armutsgrenze lebt. Dieser Prozess ist weltweit bekannt; in Kolumbien erfährt er aber eine besondere Zuspitzung durch den Bürgerkrieg der letzten 45 Jahre. Die Landbevölkerung flüchtet, weil sie zwischen den Fronten des Bürgerkriegs gerät. Aber sie wird auch durch Armee und paramilitärische Gruppen massiv vertrieben. Unter dem Vorwand der Aufstandsbekämpfung können sich durch die Vertreibung der Landbevölkerung Großgrundbesitzer oder auch Anführer paramilitärischer Gruppen Land aneignen, das dann der exportorientierten Agroindustrie als Anbaufläche dient und hohe Gewinne verspricht. Der massiven Enteignung weiter Teile der Landbevölkerung steht die Konzentration des Landbesitzes in den Händen weniger Großgrundbesitzer gegenüber. Wirtschaftlich steht in den letzten Jahren dabei Produktion von Palmöl als Grundlage für Biotreibstoffe im Vordergrund. So lassen sich Aufstandsbekämpfung und persönliche Bereicherung vereinen und zugleich als wirtschaftlicher Fortschritt – Exportsteigerung und effektive marktorientierte Landwirtschaft anstatt kleinbäuerlicher Subsistenzwirtschaft - öffentlichkeitswirksam verkaufen. Diese Entwicklungsstrategie findet ihren Niederschlag im gemeinsam mit den USA formulierten „Plan Colombia“, der u.a. die wirtschaftliche Orientierung auf den Export von Agrarprodukten zum Inhalt hat.

3. Die politische Bedeutung des FTA für Kolumbien

Präsident Alvaro Uribe hat in seinen zwei Wahlperioden mit seiner Politik der harten Hand offenbar Erfolg. Eine innenpolitische Opposition, die im Rahmen der demokratischen Institutionen die Interessen der benachteiligten Mehrheit bündeln und die Stellung der Regierung gefährden könnte, z.B. durch Wahlen, konnte sich unter den Umständen der Repression nicht entwickeln. Uribes designierter Nachfolger Santos konnte die Wahl – wenn auch mit geringer Beteiligung – unangefochten gewinnen. Gegenüber den Guerrillagruppen scheint die Regierung auch dank massiver Militärhilfe der USA - Kolumbien steht außenpolitisch fest an der Seite der USA - die Oberhand zu gewinnen. Wirtschaftlich steht Kolumbien aufgrund seiner Bodenschätze und seines agrarischen Reichtums gut da. Die Strategie scheint aufgegangen. Es bleibt nur eine offene Flanke: die fortdauernden Menschenrechtsverletzungen, der fortdauernde Bürgerkrieg und die damit verbundenen Erscheinungen (Drogenhandel) haben das internationale Ansehen Kolumbiens in Europa und auch in den USA beschädigt. Die kolumbianische Regierung muss als Vertreterin der wirtschaftlich dominierenden Elite Kolumbiens um internationale Reputation bemüht sein und die Verbindung zu den internationalen Märkten gewährleisten. Das ist mit den Gewaltmethoden der Machtsicherung in der kolumbianischen Innenpolitik nicht zu leisten. Das Scheitern von Freihandelsabkommen in den Parlamenten der USA, Kanadas und Norwegens spricht eine deutliche Sprache. Für die kolumbianische Regierung spielt das FTA mit der EU daher eine Schlüsselrolle. Es könnte Kolumbiens Regierung und den durch sie repräsentierten Eliten den Zugang zu einem der wichtigsten Märkte der Welt sichern. Zugleich würde es ein menschenfeindliches Entwicklungsmodell sowie eine Innenpolitik der menschenrechtswidrigen Repression gegenüber NGO's und Gewerkschaften national und international legitimieren. Eine Ratifizierung des FTA würde zugunsten kurzfristiger wirtschaftlicher Vorteile die EU an ein nicht zukunftsfähiges Wirtschafts- und Politikmodell in Lateinamerika binden. Aus Sicht des DGB sollte sich das Europäische Parlament nicht dazu hergeben.